



Trotzdem muss man sich fragen, ob das "wahrhaftige" Politik ist: Im Wahljahr, "wenn es nicht anders geht", politische Ziele aufzugeben.

Kurz vor der Wahl gibt es plötzlich "Erkenntnisse" in der Union, dass so etwas wie ein Mindestlohn erforderlich sei; ebenfalls eine Haltung, die vor kurzer Zeit noch völlig undenkbar war.

Wenn solche Einsichten im Wahljahr kommen, dann kann man sich fragen, ob sie die Wahl überdauern. Was ist nach der Wahl? Gibt es dann neue Einsichten?

Herr Seehofer hat gemerkt, dass viele Bürger Einwände gegen Windräder haben. Flugs zieht er Abstandsregeln von 2 km aus dem Hut.

In Hohenkammer haben wir uns auf 800 m Abstand von Wohnbebauung geeinigt. Dabei blieben ca. 3 % der Gemeindefläche für Windräder nutzbar. Mit 2 km Abstand wird es so gut wie keine Windräder in Bayern geben.

Wer aber gegen dezentrale Energieerzeugung ist, der muss sich mit Leitungsmasten arrangieren. Da werden die Gemeinden wenig mitzureden haben.

Kurz nach der Wahl wird sich herausstellen, dass diese Abstände für Windkraftanlagen völlig unmöglich sind. Dann wird diese Aussage wieder kassiert.

Die Regierungsparteien in Bayern und im Bund sind in wesentlichen sozialen Themen auf die Linie der SPD eingeschwenkt. Wer will, dass diese wichtigen und zukunfts führenden Themen auch nach der Wahl noch bearbeitet werden, muss SPD wählen.

Wir freuen uns, wenn Sie mit uns Kontakt aufnehmen wollen:

- [www.spd-hohenkammer.de](http://www.spd-hohenkammer.de)

oder direkt persönlich mit dem Vorsitzenden des Ortsvereins

**Ernst Kauer, Telefon 08137 – 8830**

V.i.S.d.P.: Ernst Kauer, Hohenkammer, Haslangstraße 10

## SPD-Blattl

Hohenkammer, im September 2013

### Liebe Bürgerinnen und Bürger von

|                 |               |
|-----------------|---------------|
| Hohenkammer     | Oberwohlbach  |
| Deutldorf       | Pelka         |
| Dörnbach        | Riedhof       |
| Eglhausen       | Schlipps      |
| Eichethof       | Untermarbach  |
| Haberhof        | Unterwohlbach |
| Herschenhofen   | Wahl          |
| Kleinkammerberg | Waltenhofen   |
| Niernsdorf      |               |

### **Hoffnung auf Breitbandkabel**

es rührt sich wieder was in Hohenkammer. Das neue Baugebiet nimmt Formen an. Bei dieser Gelegenheit ergab sich die Möglichkeit, in das Baugebiet Glasfaser zu legen. Die Gemeindeverwaltung wird ebenfalls angeschlossen. Damit sind wir mit dem Glasfaserkabel wieder ein Stück näher in der Ortsmitte und es ergeben sich Möglichkeiten, auch andere Abnehmer anzuschließen. Breitbandkabel sind eine wichtige Infrastrukturmaßnahme wie damals der Anschluss an den elektrischen Strom. Wer nicht dranhängt, ist wesentlich benachteiligt.

Künftig wird es eine staatliche Förderung geben, die den weiteren Ausbau erleichtert.

## **Die SPD ist 150 Jahre alt**

Heuer gibt es ein besonderes Fest: Die SPD ist 150 Jahre alt. Sie ist damit die älteste Partei Deutschlands. Von Beginn an setzte sie sich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung ein. Renten- und Krankenversicherung wurden von Bismarck eingeführt, um die "Sozialisten" einzudämmen.

Nach dem Ende des Krieges 1918 setzte die Sozialdemokratie die Demokratie in Deutschland durch.

Im Juni 1933 ist die SPD die einzige Partei, die geschlossen das Ermächtigungsgesetz ablehnt, mit dem sich der Reichstag selber außer Kraft setzt. Der Sozialdemokrat Otto Wels hält die einzige Rede im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz, in der er die Folgen für die Demokratie darlegt. Im Juli wird die SPD von den Nationalsozialisten verboten.

Nach dem Krieg setzt sich die SPD zusammen mit den Gewerkschaften weiter für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeitnehmer ein. Der Urlaub wird verlängert, der arbeitsfreie Samstag kommt.

Willy Brandt versöhnt die BRD mit den östlichen Nachbarn, eine wesentliche Voraussetzung für die Wiedervereinigung.

Im Moment steht bei allem politischen Tun "die Wirtschaft" im Vordergrund. Der Wirtschaft muss es gut gehen. In dieser Wirtschaft kommt die arbeitende Bevölkerung aber nicht vor. Während die Manager exorbitante Gehaltssteigerungen bekommen, steigen die Einkommen der Arbeiter und Angestellten kaum im Umfang der Inflation. Arbeitnehmer, die von ihrer Arbeit nicht leben können, nehmen bereits einen großen Anteil der Beschäftigten ein.

Ist es nicht pervers, vom Staat zu verlangen, dass er solche Einkommen aufbessern soll? Diese Leute werden einmal in Ruhestand gehen und keine Rente bekommen können. Und das alles zugunsten unserer "Wirtschaft" in der Führungspersonen so hohe Gehälter bekommen, dass es für die Unverhältnismäßigkeit keinen zutreffenden Ausdruck mehr gibt. Das muss geändert werden!

Die SPD steht seit 150 Jahren für Gerechtigkeit. Da gibt es noch viel zu tun.

**Die SPD ist 150 Jahre alt. Nie war sie so wertvoll wie heute.**

## **Vetternwirtschaft im bayerischen Landtag.**

Es ist für manche Parlamentarier verdrießlich, wenn sie eine hohe Pauschale haben, um damit politisch tätig zu werden, ohne eine Möglichkeit, dieses Geld wenigstens teilweise dem eigenen Haushalt zuzuführen.

"Die SPD ist genauso betroffen" hört man in allen Nachrichten. Es gibt keinen Zweifel, dass es meist unanständig war, eigene Familienangehörige zu beschäftigen. Eine Zeit lang war es erlaubt, nach 2000 nur noch bei "Altfällen". Ein Altfall kann höchstens eine Legislaturperiode lang dauern, weil alle Arbeitsverhältnisse im Dienst von MdLen auf die Dauer der Legislaturperiode befristet sein müssen.

Machen Sie sich die Mühe, in der Liste im Internet zu forschen, wie viele Abgeordnete von SPD und CSU nach der Legislaturperiode von 2000 noch solche Arbeitsverhältnisse hatte, dann werden Sie große Unterschiede feststellen. Jetzt, 2013, waren es 17 ausschließlich CSU MdLe, die noch solche Arbeitsverhältnisse hatten. 13 Jahre nach der Beschränkung auf Altfälle!

Wer noch schnell zwei minderjährige Kinder einstellt, um Altfälle zu schaffen, wie der CSU-Abgeordnete Winter, handelt mehrfach gegen geltendes Recht.

Der CSU-MdL Georg Schmid hatte einer GmbH seiner Frau Aufträge zugeschanzt, die "Tag und Nacht" nur für ihn arbeitete. Ein klassischer Fall von Scheinselbstständigkeit. Damit wurden viele Jahre Sozialversicherungsbeiträge hinterzogen.

## **Wahrhaftige Politik ist erforderlich**

Viele Jahre mussten Studenten im Jahr über 1000 EURO hinblättern, damit sie studieren konnten. Das mag hinnehmbar sein, wenn die Eltern hinreichend begütert sind. Für Studenten, deren Eltern nichts beisteuern können und die ihr Studium selber finanzieren müssen, kann es das Aus bedeuten. Zusätzlich 1000 EURO im Jahr neben dem Studium verdienen zu müssen, kann für einige nicht mehr leistbar sein.

War es Einsicht, dass Herr Seehofer die Studiengebühren abgeschafft hat, die er ja viele Jahre vehement verteidigt hat? Im Wahljahr wollte er wohl keinen Streit mit dem Bürgerbegehren verlieren.